

Sicherheit neu denken - von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

Einladung zur Umsetzung eines Szenarios der Evangelischen Landeskirche in Baden bis zum Jahr 2040

von Ralf Becker, Projektkoordinator „Sicherheit neu denken“ der evangelischen Landeskirche in Baden

1. Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik

Europa steht aktuell vor einer erneuten Aufrüstungsspirale. Die NATO-Mitgliedsstaaten erhöhen ihre Militärbudgets deutlich, obwohl die NATO bereits jetzt ungefähr das 15-fache für Militär ausgibt wie Russland. In Deutschland ist angesichts dieser Entwicklung ein deutliches Bauchgrimmen spürbar. Doch die seit Jahren anhaltende Unterstützung dieser Entwicklung durch Politik und Medien läßt sie scheinbar alternativlos erscheinen.

Die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden hat 2013 beschlossen, „gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung ... ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen.“

Daraufhin hat seit 2015 eine Arbeitsgruppe ein entsprechendes Szenario erarbeitet, das im April 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dieses Szenario zeigt auf, wie die deutsche Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 auf eine rein zivile Sicherheitspolitik umgestellt werden könnte.

Dabei stützt sich das Szenario auf bereits erprobte und umgesetzte Instrumente ziviler Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, wie sie im entsprechenden Aktionsplan der Bundesregierung im Jahr 2004 vereinbart und seitdem entwickelt und ausgebaut worden sind. Das Szenario ist eine Zusammenstellung und Weiterentwicklung vieler von anderen Autor*innen geleisteter Beiträge, auf deren Quellen auch verwiesen wird.

Mit dem Szenario wollen die Autor*innen dem Diskurs über Sicherheit und Frieden eine neue Richtung geben. Damit dieses Szenario einer breiteren kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht und in die kirchliche und gesellschaftliche Debatte eingebracht werden kann, braucht es Ihre Unterstützung. Gern stellen wir das Szenario bei Tagungen und Veranstaltungen vor.

Die 167-seitige Langfassung des Szenarios sowie eine 36-seitige Kurzfassung sind jeweils in deutscher, englischer und französischer Sprache erhältlich bei der Arbeitsstelle Frieden der Ev. Landeskirche Baden, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe. Weitere Informationen siehe www.ekiba.de/friedensszenario

2. Positivszenario „Nachhaltige zivile Sicherheit“

Das Szenario umfasst fünf Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik als auch Meilensteine zu deren Entwicklung (inklusive einer zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Kampagne) bis zum Jahr 2040:

2.1 Die Pfeiler nachhaltiger ziviler Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025

Nach Beschlüssen des Deutschen Bundestags der Jahre 2025 und 2035 beruht die nachhaltige zivile Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025 auf folgenden Säulen:

1. Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen
2. Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU
3. Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur:
Deutschland als Mitglied der EU, der OSZE, der NATO und der UNO
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

2.2.1. Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen

Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande

- praktizieren ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen mit ausgeglichener Außenhandelsbilanz
- erhöhen stetig den Anteil des zertifizierten Fairen Handels
- praktizieren einen Lebens- und Wirtschaftsstil, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur noch entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt
- setzen ihre im Klima-Abkommen von Paris 2015 zugesicherten Klima-Ziele konsequent um
- investieren in Kooperation mit ihren europäischen Partnern weltweit in die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten. Mit 4 Mrd. Euro jährlich ist Deutschland der größte Beitragszahler des UN-Welternährungsprogramms.

Die Folgen aus dieser Politik sind:

- Die EU hat die Subventionierung von Agrarexporten eingestellt.
- Die strukturelle Benachteiligung des „globalen Südens“ durch eine westlich dominierte Welthandels- und Weltfinanzordnung ist überwunden.
- Es gibt weltweit transparente und klare gesetzliche Regelungen und leistungsfähige Institutionen im Rohstoffsektor, die Konfliktfreiheit sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards entlang der Rohstoffketten garantieren.
- Deutschland zahlt jährlich 6 Mrd. Euro in den UN-Fonds für Nachhaltige Entwicklung ein.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert darüber hinaus jährlich 6 Mrd. Euro in den weltweiten Klimaschutz.

Beispiel

Die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative

Die Anfang 2012 entstandene entwicklungspolitische Rohstoffinitiative (GeRi) unterstützt die Schaffung transparenter und klarer gesetzlicher Regelungen und den Aufbau leistungsfähiger Institutionen im Rohstoffsektor.

Basierend auf den Empfehlungen des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm, entwickelte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2007/2008 im Auftrag der Bundesregierung gemeinsam mit Partnerinstitutionen ein Rohstoff-Zertifizierungssystem (Zertifizierte Handelsketten - Certified Trading Chains), das erstmals gezielt die Herausforderungen des artisanalen Kleinbergbaus berücksichtigte und neben der „Konfliktfreiheit“ auch andere Umwelt- und Sozialstandards überprüfte.

Die Relevanz des Themas Rohstoffe und Krisenprävention sowie die deutsche Aktivitäten und diesem Bereich wurden durch den 2014 veröffentlichten EU-Verordnungsentwurf zu verantwortungsvollen Importen von Zinn, Tantal, Wolfram sowie Gold auch im internationalem Rahmen betont.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase mit fünf Minen in Ruanda setzte sich die deutsche Unterstützung von Zertifizierungsmaßnahmen bis zum Jahr 2018 in der Region der Großen Seen fort. Bei konsequenter Weiterentwicklung des Projekts könnten wir im Jahr 2040 weltweit alle Rohstoffe aus zertifizierten Handelsketten importieren.

2.2.2 Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU

- Die Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas bilden einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU.
- Seit 2030 regelt die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der EAWU unter Führung Russlands die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten in einem gemeinsamen Vertrag durch die Ausgestaltung einer gemeinsamen Wirtschaftszone.

- Deutschland ist der wichtigste Unterstützer der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) und trägt mit über 60 % zur entsprechenden EU-Unterstützung des Budgets der Afrikanischen Union (AU) bei.
- Deutschland trägt jährlich 12 Mrd. Euro zum UN-Entwicklungsplan mit den Staaten der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga bei. Schwerpunkte sind Fairer Handel, Gute Regierungsführung, Private und Öffentliche nachhaltige Investitionen, Wirtschaftliche Entwicklung von unten, Unternehmerische Entfaltung sowie Jobs und Beschäftigung.
- Die afrikanischen und Nahost-Staaten tragen einen Anteil von 30 % des Energiebedarfs der EU aus regenerativen Quellen bei. Dafür investiert Deutschland jährlich weitere 5 Mrd. Euro in die energetische Infrastruktur der Mittelmeer-Anrainerstaaten.

Beispiel

Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika

Eine wichtige aktuelle Maßnahme der Bundesregierung ist die Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika. Schwerpunkt der Förderung ist die Ausbildung afrikanischer Polizistinnen und Polizisten für UN- und AU-Friedensmissionen.

So finanziert die Bundesregierung seit 2008 Ausbildungskurse am Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) in Accra, Ghana.

Die Unterstützung afrikanischer regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren wird flankiert durch eine deutsche Förderung von UNITAR (United Nations Institute for Training and Research). UNITAR unterstützt die afrikanischen zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren bei der Ausbildung für UN-Missionen und baut ein regionales afrikanisches Netzwerk von zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren auf.

Bei konsequenter Fortführung dieses Projekts könnten bis zum Jahr 2040 mehr als 100.000 westafrikanische Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden.

2.2.3 Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur (EU, OSZE, NATO, UNO)

- Deutschland beteiligt sich ausschließlich an den zivilen Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP).
- Die OSZE ist die Schlüsselorganisation für Frühwarnung, Krisenprävention, Konfliktlösung und -nachsorge im gesamteuropäischen Raum. Als Unterorganisation der UNO bearbeitet sie sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit rein zivilen und polizeilichen Mitteln.
- Unter der Perspektive Gemeinsamer Sicherheit wird Sicherheit in Europa unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Akteure gedacht. Die eigene Sicherheit berücksichtigt stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers.
- Deutschland investiert jährlich 6 Mrd. Euro in den Aufbau der gesamteuropäischen UNO -Polizei unter dem Dach der OSZE, die dank ihrer ständigen Einsatzbereitschaft ebenso so schnell und durchsetzungsstark ist, wie man es früher nur von Armeeverbänden kannte.
- Die NATO akzeptiert den rein zivilen Beitrag seiner Mitglieder Deutschland und Niederlande.
- Die Ausbildung der Bevölkerung in Resilienter Demokratie ist als Säule der Gemeinsamen Sicherheitspolitik in der EU, OSZE und NATO etabliert.¹
- Deutschland trägt mit über 5.000 Polizei- und 50.000 zivilen Fachkräften zu internationalen UNO-Friedensmissionen bei und ist größter Einzahler in den UN-Peacebuilding Fund.
- Deutschland wirbt intensiv für das Ziel, UN-Friedensmissionen generell als Polizeieinsätze zu organisieren und richtet jährlich die UN-Polizeikonferenzen aus.
- Der UNO-Sicherheitsrat besteht nun aus Vertreter*innen regionaler kontinentaler Sicherheitsräte.

1 In Anlehnung an FEST (Hrsg. (2017).

2.2.4 Resiliente Demokratie

- Flächendeckende Aus- und Fortbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in konstruktiver Konfliktbearbeitung und reflexivem Konfliktverständnis.
- Verstärkte Sozialarbeit verhindert die Ausbreitung von Feindbildern und die Diffamierung von Fremden.
- Flächendeckende Mediationszentren verhindern gewaltsame inter- und intragesellschaftliche Konflikte. Die Zentren stehen allen UN-Mitgliedsländern offen.
- Der Bundesverband Gewaltfreiheit sowie zahlreiche Stiftungen und Lehrstühle befördern die weitere Professionalisierung und Verbreitung nicht-militärischer Konfliktkultur.
- Staat und Zivilgesellschaft sind gegen Freiheitseinschränkungen von innen und außen – auch durch strukturelle Planung und Vorbereitung organisierten Zivilen Widerstands – resilient.
- Alle Kirchen und Religionsgemeinschaften bieten Aus- und Fortbildungen zu Friedensstifter*innen an.
- Zivile Krisenprävention ist das Markenzeichen deutscher, österreichischer, schwedischer und niederländischer Außen- und Sicherheitspolitik.
- Zur Verhinderung und Aufarbeitung terroristischer Anschläge sind Polizei und Justiz mit ausreichenden Personal- und Finanzmitteln ausgestattet.
- Regelmäßige unabhängige Studien überprüfen den Ausbildungsstand und die Wirksamkeit der zivilen Konfliktkultur hinsichtlich der Sicherheit des Landes.

Wissenschaftliche Studien befürworten zivile Sicherheitspolitik

Seit zunehmend Studien² und Evaluationen die klare Überlegenheit ziviler gegenüber militärgestützter Konfliktbearbeitung beweisen, kann sich auch die Politik den Fakten und Argumenten gegen eine weitere militärische Sicherheitspolitik nicht mehr entziehen. Die 2022 von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik belegt 2024 die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele.

Der Ansatz 'Gemeinsame Sicherheitspolitik'

Wissenschaftlich setzt sich immer stärker der Ansatz der Gemeinsamen Sicherheitspolitik³ durch. In alle Strategieoptionen werden die eigenen Anteile an der Genese sicherheitsrelevanter Probleme mit in die Analyse und die Änderung unseres eigenen Verhaltens als Strategieoption mit einbezogen.

Auch die im Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr aufgeführten Herausforderungen für unsere Sicherheit lassen sich nur noch durch den Ansatz Gemeinsamer Sicherheit bewältigen: Auch das Auswärtige Amt beförderte dieses Umdenken durch zahlreiche Review-Prozesse: gerade die asymmetrischen Kriege, mit denen Deutschland es zunehmend zu tun hatte, erforderten ein solches Um- und Neu-Denken oder - wie der Abschlussbericht zum Review-Prozess des Auswärtigen Amtes 2014 titelte – ein „Weiter Denken“.

Der Vielzahl ganz unterschiedlicher Risiken, Konflikte, Krisen und Herausforderungen begegnet die nachhaltige zivile Sicherheitspolitik mit spezifisch zugeschnittenen Strategien und Instrumenten: Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, aktive Mitwirkung in internationalen Organisationen, dem Technischen Hilfswerk, Krisenfrüherkennung und Konfliktprävention, der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, interkulturellen Dialogprozessen, den Mediationszentren sowie polizeilicher Ausbildungshilfe. Immer geht es dabei darum, Interessenausgleiche zu organisieren sowie Konsense zu suchen und zu organisieren.

² Z.B. Chenoweth/Stephen (2011), Müller und Büttner (1996).

³ Vgl. Jaberg (2015).

Unbewaffnete zivile Friedenssicherung

Unbewaffnete zivile Friedenssicherung (Ziviles Peacekeeping ZPK) bedeutet, dass professionell vorbereitete unbewaffnete Zivilist*innen vor, während oder nach einem gewaltsamen Konflikt eingesetzt werden, um Gewalt zu verhindern oder zu reduzieren, direkten physischen Schutz für bedrohte Zivilbevölkerung zu gewährleisten und um stabile lokale Friedensstrukturen zu stärken oder aufzubauen. Zwischen 1990 und 2015 wendeten weltweit mehr als 50 zivilgesellschaftliche Organisationen die ZPK-Methoden in 35 Konfliktzonen⁴ an, bis 2030 wuchs diese Zahl auf 80 Organisationen in 500 Konfliktzonen. Zivile Konfliktkultur ermöglicht Bekämpfung von Fluchtursachen.

Resilienz gegen Terror

Auch für die Bekämpfung des Terrors braucht es kein Militär. Wer Terrorismus als Kriegshandlung begreift und mit Kriegsmitteln bekämpft, spielt den Intentionen der Terroristen in die Hände. Eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik erkennt an, dass Ursachen von Radikalisierung und Terrorismus auch in unserer Gesellschaft selbst zu finden sind.

2.2.5 Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

- Der Mythos der Wirksamkeit von Gewalt ist überwunden.
- Die Bundeswehr hat ihre letzten Einrichtungen an das Internationale Technische Hilfswerk übergeben.
- Aus Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden werden keine Waffen mehr exportiert.
- Die Konversion von der Rüstungs- zur zivilen Produktion ist sozialverträglich gestaltet worden.
- Der Internationale Strafgerichtshof hat sowohl führende Köpfe des IS als auch westliche Regierungschefs wegen ihrer Gewalttätigkeit verurteilt.
- Eine globale Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission hat die Vorwürfe islamischer und afrikanischer Staaten gegen westliche Staaten aufgearbeitet.
- Die Finanzquellen von Terror-Organisationen sind weltweit ausgetrocknet.
- Alle Atomwaffen sind aus Deutschland abgezogen.

2.2. VON 2019 BIS 2040 - MÖGLICHE MEILENSTEINE DER ENTWICKLUNG

2019 EKD fordert Studie zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik Deutschlands

Das Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik wird dank bundesweiter von verschiedenen Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen finanzierter Zeitungsanzeigen und großflächiger Infoplakate sowie Aktionstage einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Über das europäische Netzwerk Church and Peace, den Internationalen Versöhnungsbund, die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE sowie den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf und die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft COMECE wird das Szenario auch im europäischen Kontext in die gesellschaftliche Debatte eingespeist.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Wüstner, beschwert sich öffentlich, dass der Bundestag der Bundeswehr keine klaren Ziele für Auslandseinsätze vorgebe und damit die Soldat*innen regelmäßig in unhaltbare Situationen bringe.

Die EKD fordert die Finanzierung einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

2020 Gründung der zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik

Gründung der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik mit zunächst 30 Mitgliedsorganisationen, die gemeinsam das Ziel eines entsprechenden Bundestagsbeschlusses

⁴ Vgl. Bund für Soziale Verteidigung e.V. Juli 2015, S. 5

im Jahr 2025 formulieren. Die Mitgliedschaft in der als unabhängigem Verein organisierten Kampagne verpflichtet zunächst nur bis zu diesem Zeitpunkt.

Fünfzehn der 30 Mitgliedsorganisationen der Kampagne richten Stellen zur Unterstützung der Kampagne ein. Ein Kampagnenrat mit Vertreter*innen der Evangelischen Landeskirche in Baden sowie sonstiger kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen stimmt die Planung der Kampagnen-Policy sowie konkreter Aktionen miteinander ab. Erster Schwerpunkt der Kampagne ist die Aufforderung an die Bundesregierung, auf europäischer und internationaler Ebene für ein vollständiges weltweites Verbot von Atomwaffen einzutreten.

2021 Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern

Der Bundestag beschließt die definitive Verbannung jeglicher Atomwaffen von deutschem Boden.

Die "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel" erreicht einen Bundestagsbeschluss zur Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern. Ihre Forderungen zum Stopp jeglicher Rüstungsexporte wurden von der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik übernommen.

Durch erfolgreiche Aktionskampagnen sowie eine sehr kreative Öffentlichkeitsarbeit gewinnt die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik bereits über 1.000 Mitgliedsorganisationen. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 gelingt der Kampagne die Bekanntmachung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ bei Bundestagskandidat*innen aller Parteien durch zahlreiche Podiumsdiskussionen in ganz Deutschland.

2022 Vergabe einer Studie zur nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik

Der Dialog der in der Kampagne zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern intensiviert sich durch flächendeckende Veranstaltungen kirchlicher Akademien und parteinaher Stiftungen.

Flächendeckende Postkartenaktionen an die Bundestagsabgeordneten sowie kreative Veranstaltungen in jedem Wahlkreis fördern und unterstützen diesen Dialog.

Die EKD erreicht im Zusammenspiel mit der Kampagne die Vergabe einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

2023 Papst-Enzyklika „fructus iustitiae pax“

Als der Papst in seiner Enzyklika „Fructus iustitiae pax“ – Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein. (Jesaja 32,17) alle Staaten, insbesondere die Industriestaaten auffordert, ihre finanziellen Mittel deutlich von militärischer in Richtung nicht-militärischer Sicherheitspolitik umzuschichten, engagieren sich immer mehr Pfarrgemeinden und Kirchen in Deutschland und Europa für die Kampagne, die Ende des Jahres bereits 3.000 Mitträger-Organisationen aufweist.

In Umfragen sprechen sich bereits 40 % der Bevölkerung für einen Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik aus.

2024 Studie der Bundesregierung empfiehlt die Umsetzung des Kampagnen-Szenarios

Die im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik belegt die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele und empfiehlt eine schrittweise Umsetzung des von der Kampagne vertretenen Szenarios.

Die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik findet dank monatelanger flächendeckender Aktionen ihrer jetzt 5.000 Mitträger-Organisationen vor Bundeswehrstützpunkten und breiter Unterstützung aus den Bistümern und Landeskirchen bundesweite mediale Aufmerksamkeit und Sympathie. In Umfragen sprechen sich bereits 60 % der Bevölkerung für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik aus.

2025 Bundestagsbeschluss zum Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik

Das Szenario findet auf dem ökumenischen Kirchentag in Bonn breite Unterstützung und beherrscht die bundesweite Berichterstattung. Spitzenpolitiker*innen fast sämtlicher Parteien öffnen sich für das Konzept und sichern eine schrittweise Umsetzung nach der anstehenden Bundestagswahl zu.

In einer historischen Sitzung beschließt der neu gewählte Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit den Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik auf der Basis der fünf Säulen Gerechte Außenbeziehungen, Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur, Resiliente Demokratie sowie Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.

Der Bundestagsbeschluss umfasst auch den Einsatz Deutschlands für die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland/der EAWU (Eurasischen Wirtschaftsunion) bis zum Jahr 2030, die den Grundbaustein für eine ebenfalls 2030 zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bilden soll.

Weiter umfasst der Bundestagsbeschluss die Förderung von Bildungsarbeit im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung und Resiliente Demokratie, die zukünftig durch die Mitgliedsorganisationen des in Gründung befindlichen zivilgesellschaftlichen Verbandes Gewaltfreiheit geleistet werden soll.

2026 Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Bildung einer Wirtschaftszone

Der Verband Gewaltfreiheit entwickelt in Kooperation mit den Kirchen und staatlichen Stellen die flächendeckende Bildungsarbeit sowie weitere zeitlich befristete Kampagnen zur Umsetzung der Säule „Resiliente Demokratie“ und begleitet kritisch-konstruktiv die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses im Inland.

Zeitgleich schließen sich auf europäischer Ebene unter Federführung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen aus dem Raum der EU und der EAWU zum Forum Zivile Sicherheit zusammen. Dieses Forum wirbt mit verschiedenen Kampagnen in den Kirchen und Zivilgesellschaften der Mitgliedsländer der EU und der EAWU für das Konzept der Gemeinsamen zivilen Sicherheit entsprechend des Szenarios.

Unter dem Dach der OSZE nehmen auf Betreiben Deutschlands die EU und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), die Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan umfassen, Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok auf. Diese gemeinsame Wirtschaftszone soll die Grundlage für eine zeitgleich zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bilden.

2027 Das ITHW übernimmt erste Ausrüstungen der Bundeswehr

Im Zuge der Konversion der Bundeswehr übernimmt das Internationale Technische Hilfswerk (ITHW) erste zivil nutzbare Ausrüstungen für verstärkte künftige zivile Einsätze der weltweiten medizinischen und technischen Katastrophenhilfe.

Rüstungsbetriebe entwickeln und bauen das vom ITHW benötigte Equipment und beginnen auf diese Weise die Konversion zur Produktion ziviler Produkte.

Die NATO kritisiert den Bundestagsbeschluss von 2025 zum beabsichtigten Umstieg Deutschlands zu einer vollständig zivilen Sicherheitspolitik. Das Bundeskabinett hält dem Druck der anderen NATO-Mitgliedsländer stand und verweist auf die eindeutige Stimmung der Bevölkerung hinsichtlich der beschlossenen Transformation. Die USA stellen daraufhin vorübergehend die Zusammenarbeit ihrer Geheimdienste mit den deutschen Behörden ein.

2028 Beginn von Verhandlungen über eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland

Aufgrund der erfolversprechenden Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland/der EAWU beginnen Verhandlungen zum Aufbau einer Sicherheitspartnerschaft mit Russland unter dem Dach der OSZE.

Die Münchner Sicherheitskonferenz und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik richten ihre Programme ab sofort durchgängig am Bundestagsbeschluss von 2025 aus, d.h. an der beabsichtigten rein zivilen Sicherheitspolitik. Dazu haben insbesondere auch die Projektgruppe

„Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ sowie die bundesweite Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik beigetragen.

2029 Gewaltfreier Umgang mit Konflikten und Resiliente Demokratie werden verbindliche Lehrinhalte an allen Schulen

Die Bundesländer übernehmen den gewaltfreien Umgang mit Konflikten sowie Resiliente Demokratie in den Kanon verbindlicher Lehrinhalte für alle Schulformen. Der Unterricht wird bundesweit in Abstimmung mit den Bildungsministerien von zivilgesellschaftlichen Organisationen des Verbands Gewaltfreiheit durchgeführt und verantwortet, um die Bedeutung einer funktionierenden Zivilgesellschaft für eine Resiliente Demokratie zu unterstreichen.

2030 Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen mit Russland / der EAWU

Unter dem Dach der OSZE wird die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland / der EAWU begründet. Mit der Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok überwindet Europa seine wirtschaftliche Spaltung, die mit der Ukraine-Krise 2014 ihren Höhepunkt erreichte. In der vereinbarten Partnerschaft werden sowohl die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Russlands wie all der anderen EU- und EAWU-Partner vollumfänglich anerkannt und miteinander austariert.

Die Bundeswehr beendet ihre Informationsveranstaltungen an Schulen in Deutschland.

2032 Eröffnung des OSZE-Zentrums „Zivile Krisenprävention und –intervention“ in Stockholm und des UN-Zentrums für Sozialen Widerstand in Bonn

Die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland / der EAWU ermöglicht in ganz Europa eine ständige militärische Abrüstung und den Aufbau einer gemeinsamen OSZE-Polizei. 70 % der Deutschen zeigen Vertrauen in die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland / der EAWU.

In Folge des deutschen Engagements baut die OSZE ihre Zivile Krisenprävention und -intervention zu einem eigenen Zentrum aus, das in Stockholm eröffnet wird.

In Bonn wird zeitgleich von der UN-Generalsekretärin das UN-Zentrum für Sozialen Widerstand als Ausbildungsstätte für Resiliente Demokratie eingeweiht.

2035 Bundestagsbeschluss zur vollständigen Konversion der Bundeswehr im Jahr 2040

Dank intensiver und kooperativer Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit dem Forum Zivile Sicherheit sowie dem Verband Gewaltfreiheit gelingt die Schaffung der Voraussetzungen für den Bundestagsbeschluss im Jahr 2035 zur vollständigen Konversion der Deutschen Bundeswehr zu einem rein zivilen Teil des Internationalen Technischen Hilfswerks (ITHW).

Die OSZE wird zur Schlüsselkraft für Frieden und Sicherheit in Europa.

2037 Die NATO akzeptiert rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung.

Beim NATO-Gipfeltreffen akzeptieren die Bündnispartner den zukünftig rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung innerhalb des NATO-Bündnisses.

Die letzten deutschen Rüstungsbetriebe stellen ihre Produktion auf die zivil-technische Ausrüstung des Internationalen Technischen Hilfswerks um.

2040 Vollständige Konversion der Bundeswehr

Das bisherige Bundesministerium für Verteidigung wird zum Ministerium für Zivile Krisenprävention. Die Bundeswehr übergibt ihre letzten Einrichtungen und Ausrüstungsgegenstände an das Internationale Technische Hilfswerk.

Deutschland hat seine Sicherheitspolitik komplett auf nachhaltige zivile Sicherheitspolitik umgestellt.

3 ZIVILE SICHERHEITSPOLITIK IN ZAHLEN

Entwicklung relevanter Ausgabenpositionen des Bundeshaushalts im Überblick

Angaben in Mrd. Euro pro Jahr Ausgabenposition	Jahres- durchschnitt 2010-2013	2024	2030	2040
UN – UN-Entwicklungsplan Afrika und Naher Osten	0	1	4,5	12
UN – Welternährungsprogramm (WFP)	0,1	0,5	2	4
UN – Friedenserhaltende Maßnahmen	0,4	1	2	4
UN – Fonds für Nachhaltige Entwicklung	1	2	4	6
UN - Peacebuilding Fund (PBF)	0,05	0,1	0,5	1
OSZE	0,02	0,1	3	6
NATO Zivile Krisenprävention und -intervention	0	0	1	1
EU – Desertec 2.0 Nordafrika und Naher Osten	0	0	2	5
EU Zivile Krisenprävention und -intervention	0,1	0,2	1	4
Auswärtiges Amt Abteilung Krisenprävention	0,1	0,5	2	4
Ministerium für Resiliente Demokratie				2
Ziviler Friedensdienst ZFD	0,04	0,2	1	2
BMZ Verhinderung von Konflikt, Fragilität und Gewalt	0,1	0,2	1,1	1
BMZ Förderung v. Rechtsstaatlichkeit und Justiz	0,05	0,2	0,5	1
BMZ Klimaschutz	2	3	4	6
Bildungsministerium				
Zivile Konfliktkultur und Resiliente Demokratie	0	0	0,5	2
Zivilgesellschaftlicher Verband Gewaltfreiheit	0	0	0,2	2
Internationales Technisches Hilfswerk ITHW	0,1	0,2	0,5	5
Bundeswehr (ab 2040 nur Pensionsverpflichtungen)	33	60	40	6
Summe	37,06	69,2	69,8	74

Nachtrag:

Im Dezember 2018 haben in Karlsruhe auf Einladung der Badischen Landeskirche 30 meist bundesweite Organisationen die Gründung einer Kampagne zur Umsetzung des Szenarios sondiert und die Einsetzung eines entsprechenden Kampagnen(vorbereitungs)rats vereinbart. Die Evangelische Landeskirche in Baden unterstützt den Aufbau dieser Kampagne durch eine zunächst bis Ende 2023 finanzierte Projektstelle.

Literaturquellen

Birckenbach, Hanne-M (2016): Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik. In: FFE-Rundbrief (1), S. 3–8. Online verfügbar unter <http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=65296>, zuletzt geprüft am 14.12.2017.

Brot für die Welt, Hintergrund: „Instrument für Stabilität und Frieden“ (IcSP) und „ständige strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO), Fact Sheet, Berlin, November 2017. Online verfügbar unter http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/factsheet_icsp_hintergrund_29_11_2017.pdf, zuletzt geprüft: 09.01.2018.

Bund für Soziale Verteidigung (2017): Abrüstung, Rüstungskontrolle und Zivile Konfliktbearbeitung in der deutschen Bundespolitik: Wie viel wird wofür ausgegeben? Minden.

Bund für Soziale Verteidigung (2015): Nonviolent Peace Force Ziviles Peacekeeping - Fallstudien (Hintergrund- und Diskussionspapier, 44).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2017): Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Berlin und Bonn. Online verfügbar unter http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017

Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J. (2011): Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict. New York, NY - dt. Zusammenfassung auf <http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=86547>

Die Bundesregierung (2017): Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter http://www.peacelab2016.de/fileadmin/user_upload/170614-leitlinien_Krisenpraevention_Konfliktbewaeltigung_Friedensfoerderung_DL.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017.

Die Bundesregierung (2014): Vierter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berichtszeit-raum: Juni 2010- Mai 2014. Berlin. Online verfügbar unter http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/zivik/2014_Aktionsplan_4_de.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017.

EKD (2013). Stellungnahme "Selig sind die Friedfertigen - Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik" der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, ekd texte 116, Dezember 2013.

FEST (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft) (Hrsg.) (2017): Berliner Memorandum "Sicherheit neu denken - Wege des Friedens in Europa". vom 2. Mai 2017. Online verfügbar unter http://www.fest-heidelberg.de/images/publikation/Werkner_et_al_2017_Berliner_Memorandum_Sicherheit_neu_denken_-_Wege_des_Friedens_in_Europa.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017.

Gromes, Thorsten; Dembinski, Matthias (2013): Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK-Report, 2013,2), zuletzt geprüft am 14.12.2017.

Jaberg, Sabine (2015): Das »Weißbuch 2016« Kontinuität oder Kurswechsel?, in Wissenschaft & Frieden 2015-4: Deutsche Verantwortung – Zäsur oder Kontinuität?, Seite 15–18.

IFSH (2016): Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH „Weißbücher haben ausgedient! Plädoyer für ein friedens- und sicherheitspolitisches Grundlagendokument der Bundesregierung“, Januar 2016.

Kolko, Gabriel (1999): Das Jahrhundert der Kriege, Frankfurt.

Misereor (2016). Positionspapier zum Bundeswehreinsatz in Syrien "Wer Frieden will, muss vom Frieden her denken!", 11.01.2016.

Müller, Barbara und Büttner, Christian (1996): Optimierungschancen von Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding durch gewaltfreie Interventionen? Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung. Arbeitspapier Nr. 4. Wahlenau 1996.

Paulitz, Henrik (2017): Anleitung gegen den Krieg. Analysen und friedenspolitische Übungen. 2. Auflage. Seeheim-Jugenheim: Akademie Bergstraße.

Schlabach, Gerald (Hrsg.) (2007): Just policing, not war. An alternative response to world violence. Colleeville, Minnesota

Werkner, Ines-Jacqueline et al. (2017): Just Policing – eine Alternative zur militärischen Intervention? Heidelberg: FEST.